



## WIE SIEHT DIE EMPFEHLUNG DER SCHLICHTUNGSKOMMISSION VOM 28. MÄRZ 2025 AUS?

Unsere Forderungen	Angebot bzw. Ideen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde	Schlichtungsempfehlung
8 Prozent im Volumen	2,0 Prozent ab 1.10.2025 2,0 Prozent ab 1.7.2026 1,5 Prozent ab 1.7.2027	3,0 Prozent ab 1.4.25 2,8 Prozent ab 1.5.26
mindestens 350 Euro	als Gedankenspiel 300 Euro tarifliches Zusatzgeld jährlich ab Juni 2025	ab 1.4.25 mindestens 110 Euro monatlich
Zulagen und Zuschläge für Arbeit zu ungünstigen Zeiten (als Teil des Volumens)	Schichtzulage von 40 auf 80 Euro, Wechselschichtzulage von 105 auf 200 Euro bzw. in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro, keine Dynamisierung unklar, ab wann kein Angebot zu Rufbereitschaft, Bereit- schaftsdiensten, Zeitzuschlägen wie z.B. Nachtarbeit	Schichtzulage von 40 auf 100 Euro, Wechselschichtzulage von 105 auf 200 Euro bzw. in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro, ab 1.7.25 Dynamisierung ab 1.1.27
200 Euro mehr für Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen	lineare Erhöhung wie für alle spätere Überlegung: 50 Euro ab 1.4.2025 50 Euro ab 1.7.2026	75 Euro ab 1.4.25 75 Euro ab 1.5.26
Laufzeit zwölf Monate	36 Monate, eventuell etwas kürzer	Laufzeit 27 Monate
unbefristete Übernahme von Auszubildenden und Studierenden in Vollzeit	Übernahme bei einer Note von mindestens gut, vielleicht auch bis befriedigend und wenn auch Bedarf besteht	Übernahme wie im Länderbereich: bei einer Note von mindestens befriedigend und dienstlichem/ betrieblichem Bedarf
3 zusätzliche freie Tage	kein Angebot, Überlegung: 1 freier Tag für alle	1 zusätzlicher Tag Erholungsurlaub ab 1.1.27
1 zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder	abgelehnt	keine Empfehlung
Meine-Zeit-Konto	kein Angebot, Überlegung: Jahressonderzahlung für alle auf 90 Prozent (Bund) bzw. 85 (VKA), Teile können gegen 5 oder vielleicht auch nur 1, 2 oder 3 freie Tage eingetauscht werden	Teile der Jahressonderzahlung können für bis zu 3 freie Tage eingetauscht werden Jahressonderzahlung für den Bund erhöht auf: 95 Prozent EG 1 bis 8 90 Prozent EG 9a bis 12 75 Prozent EG 13 bis 15 Kommunen erhöhen einheitlich auf 85 Prozent keine Wahlmöglichkeit freie Tage gegen Geld für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, hier Jahressonderzahlung auf 90 Prozent für EG 1 bis 8 Möglichkeit der betrieblichen Vereinbarung von Langzeitkonten für alle Bereiche





Unsere Forderungen	Angebot bzw. Ideen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde	Schlichtungsempfehlung
_	_	Preis für Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung: Möglichkeit der freiwilligen Erhöhung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Wochenstunden für bis zu 18 Monate, Verlängerung möglich Zuschlag für die Erhöhungsstunden: 25 Prozent in EG 1 bis 9b 10 Prozent in EG 9c bis 15
Überstundenzuschläge auch bei Teilzeit	abgelehnt – wir sollen sie doch verklagen	keine Empfehlung
bezahlte Pause bei Wechsel- schicht im Krankenhaus	unter keinen Umständen	keine Empfehlung
neue Altersteilzeitregelung	kommt nicht in Frage	keine Empfehlung
38,5 Stunden auch für Beschäftigte in Krankenhäu- sern in Baden-Württemberg	kein Angebot	keine Empfehlung

## **AUSSERDEM WOLLEN WIR**

Unsere Forderungen	Angebot bzw. Ideen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde	Schlichtungsempfehlung
Angleichung der Arbeits- bedingungen Ost an West (Kündigungsschutz!)	Bund wäre einverstanden, Kommunen im Osten sind dagegen, auch nach Jahrzehnten Einheit keine Angleichung!	Angleichung für den Bereich des Bundes Apell der Schlichter an die Kommunen für Angleichung
Tabellenanpassung im Bereich des TV-V	neue Tabellenstruktur fortgeschritten, offen sind noch Fragen zu den Kosten, hängt auch an der Gesamteinigung	keine Empfehlung
verlässliche Arbeitszeiten in Musikschulen	Kein Angebot	keine Empfehlung
Recht auf Vollzeit	Kein Angebot	keine Empfehlung
Reduzierung der Höchst- arbeitszeit im Rettungsdienst	46 Stunden ab 1.1.2026, 44 Stunden ab 1.1.2027, dafür wollen die Arbeitgeber 24-Stunden-Schichten	46 Stunden ab 1.1.2026, 44 Stunden ab 1.1.2027, 24-Stunden-Schichten sind möglich bei maximal 9 Stunden Vollarbeitszeit
zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhand- lungsergebnisses auf Beamt*innen	die Innenministerin könne nichts zusagen, weil sie nicht mehr im Amt sein wird	Keine Empfehlung
Umsetzung der Verhandlungs- verpflichtung von 2020 zur Tarifierung der praxisintegrier- ten dualen Studiengänge	_	Zusage, bei Vorliegen der notwendigen rechtlichen Grundlagen (Tarifkompetenz) umgehend Tarifver- handlungen aufzunehmen

## Fortsetzung folgt!

